

Bonn zu Gesprächen bereit

Deutsche Note an Moskau / Keine Verhandlungen unter Druck

W. Bonn (Eigenbericht). Einige Tage nach den Westmächten hat auch die Bundesregierung in einer Note die sowjetischen Berlin-Vorschläge zurückgewiesen und sich gleichzeitig zu einer „offenen, vorbehaltlosen Aussprache“ über Berlin, die Wiedervereinigung, einen deutschen Friedensvertrag, die europäische Sicherheit und die Abrüstung bereit erklärt. Die Note, die von Botschafter Dr. Kroll im Moskauer Außenministerium übergeben wurde, enthält keine politischen Überraschungen. Sie weicht aber von früheren Dokumenten dieser Art durch den fast undiplomatischen Freimut ab, mit dem sowjetische Behauptungen und Anschuldigungen richtiggestellt werden.

Ebenso wie die Westmächte lehnt es aber auch die Bundesregierung ab, Gespräche unter ultimativem Druck zu führen oder durch „einseitige Aufkündigung bindender Abmachungen“ zu belasten. Die Errichtung einer „Freien Stadt“ Westberlin, so erklärt die Bundesregierung weiter, würde die Zweiteilung Deutschlands in eine Dreiteilung verwandeln. „Das deutsche Volk will sich jedoch nicht auf drei Staaten aufteilen lassen.“

„Historische Rolle“

Die gegenwärtige unnatürliche Lage Berlins lasse sich nur dadurch beheben, daß diese Stadt wieder ihre „natürliche und historische Rolle“ als Hauptstadt eines wiedervereinigten deutschen Staates übernehme. Von der Berliner Bevölkerung selbst sei der Vorschlag einer „Freien Stadt“ ausdrücklich bei den Wahlen am 7. Dezember zurückgewiesen worden.

Ausführlich geht die Bundesregierung auf die sowjetische Beschuldigung ein, daß die jetzige Lage Berlins „allgemeine Befürchtungen“ auslöse. Das sei richtig, heißt es in der Bonner Note, aber diese Befürchtungen rührten nicht von der Anwesenheit der wenigen alliierten Soldaten her, sondern von der sowjetischen Politik, die mit der Erwähnung des Namens „Sarajewo“ überhaupt erst eine Kriegspsychose geschaffen habe. Jedermann sei in der Lage, an

der Zonengrenze oder an der Sektorengrenze in Berlin mit eigenen Augen festzustellen, daß es die Polizei des Sowjetzonenregimes sei, die mit Wachtürmen und sogenannten Todes-

„Entscheidend wichtig“ Eisenhower an Chruschtschow

Gettysburg (ap). Präsident Eisenhower hat in Erwiderung von Neujahrsbotschaften des sowjetischen Staatspräsidenten Woroschilow und des Regierungschefs Chruschtschow darauf hingewiesen, daß die USA sowjetische Bemühungen um die friedliche Lösung des Berlin-Problems als „entscheidend wichtig“ betrachtet. Der Präsident stellte fest, die Absichten, welche die Sowjetregierung nach ihren Erklärungen gegenüber der Bevölkerung Berlins hege, seien nach seiner Auffassung mit den in den Neujahrsbotschaften dargelegten Bestrebungen und mit der von Woroschilow und Chruschtschow ausgedrückten Hoffnung auf eine „friedliche Koexistenz“ nicht vereinbar.

Woroschilow und Chruschtschow hatten sich in ihren Neujahrsbotschaften für eine Beendigung des „kalten Krieges“ und des Rüstungswettlaufs erklärt und die Hoffnung geäußert, daß im Jahre 1959 entscheidende Schritte unternommen würden, um „die Gefahren eines neuen Krieges“ zu beseitigen.

streifen ihr Gebiet gegen den Westen abtrenne.

Solche Hinweise in der Note sind, wie man hört, im Hinblick auf die neutralen Staaten Asiens und Afrikas geschrieben, die teilweise die Probleme nicht so genau kennen, aber durch diese Note, die ihnen zugestellt wird, über die wahren Verhältnisse unterrichtet werden.

„Offen und vorbehaltlos“

Im Hauptteil der Note kommt die Bundesregierung auf den Vorschlag des Bundestages zurück, ein Viermächtegremium zur Beratung über die deutsche Frage einzusetzen. Um dem Streit über die Frage, ob dieses Gremium sich mit der Wiedervereinigung oder einem Friedensvertrag beschäftigen soll, ein Ende zu machen, erklärt die Bundesregierung sich nun bereit, „auf jegliche negative Begrenzung der Verhandlungsthemen zu verzichten“, d. h. es soll in einer „offenen, vorbehaltlosen Aussprache“ eine Lösung gesucht werden, wobei auch die damit zusammenhängenden Probleme der Sicherheit und Abrüstung behandelt werden sollen.

Am Rande weist die Bundesregierung in der Note eine ganze Serie von sowjetischen Behauptungen zurück. So bezeichnet sie es als unrichtig, daß in Westdeutschland „aggressive militaristische Kräfte“ aktiviert worden seien. Auch gegen das Schlagwort von der „Politik der Stärke“ wendet sich die Bundesregierung. Sie findet es absurd angesichts des gewaltigen Unterschieds zwischen den Streitkräften der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Schließlich bezeichnet die Regierung auch das Wort von den „revanchistischen Stimmungen“ im deutschen Volk als irreführend. Solche Stimmungen gebe es nicht.

Ins Jahr der Entscheidung

K. W. B. Das kommende Jahr muß die Entscheidung bringen: Diesen Satz möchten wir mit vollem Bedacht an den Anfang unserer Überlegungen stellen. Wir sprechen von der Entscheidung, die unser Volk und die mit ihm im Denken und Handeln verbundene freie Welt betrifft. Wir meinen die deutsche Frage. Oft haben wir in ein neues Jahr die Hoffnung geschickt, im Schoß seiner 365 Tage werde sich der Keim der Entscheidung für unsere politische und staatliche Existenz entwickeln. Die Bilanz, die wir am Ende der Jahre zu ziehen hatten, war bisher nie aktiv. Am Ende von 1958 mußten wir, wenn wir dem äußeren Ablauf der politischen Verhärtungen folgen wollten, einen der ernüchterndsten Schlußstriche unter die gesamtdeutsche Rechnung ziehen.

Das Jahr hat keine Konferenz gesehen, die über die Vorhänge der Blöcke hinweg Deutschland zum Thema gehabt hätte. Über Deutschland ist im Jahre 1958 am Verhandlungstisch nicht gesprochen worden. Es war voll bepackt mit Krisen und Donnerschlägen jeder anderen Art. Im Nahen Osten, im Libanon, in Jordanien und im Irak hatte das Jahr 1958 seine erste lang anhaltende heiße Station; im Fernen Osten hatte es im Herbst um Quemoy sein bedrohliches Wetterleuchten. Das Jahr war damit beschäftigt, den Aufstieg Chruschtschows nach der Kaltstellung Bulganins zum neuen Alleinherrscher im Kreml und im kommunistischen Weltbereich zu verdauen. Auf dem europäischen Feld nahm der kühne französische Versuch, sich auf der Nachkriegsperiode des Lavierens mit der Persönlichkeit de Gaulles zu erheben, die Gemüter voll in Anspruch.

*

Für die Entwicklung der deutschen Probleme im neuen oder gar weltpolitischen Rahmen blieb in den Monaten von 1958 keine Zeit. Wohl hatte die deutsche Politik, insbesondere im zweiten Teil des Jahres, neue Anstrengungen gemacht,

die deutsche Frage aus der Einfrierung in den Status quo zu lösen. Sie hatte Appelle an die Freunde gerichtet, wo immer sich eine Gelegenheit bot. Die Note, die im Spätherbst nach Moskau ging, wohlausgewogen und gründlich durchdacht von allen politischen Gruppen in der Bundesrepublik, hatte die Aufgabe, die sichtbar erkalteten Beziehungen zwischen Bonn und dem Kreml aufzulockern zugunsten des so lange versprochenen und nie zu Ende gekommenen Gesprächs über die deutsche Zukunft. Aber während diese Note, nach den Krisen des Jahres, die der Westen gemeistert hatte, im Kreml-Archiv versank, zündete Chruschtschow in den Wochen vor Weihnachten dann jenes Feuer an, das mit dem Stichwort Berlin seitdem die Welt grell erhellt.

*

Wir brauchen heute nicht mehr nach Anlässen zu suchen, um statt der nah- und fernöstlichen, statt der innereuropäischen Probleme die deutsche Sorge in den Gedankenkreis der Politik zu ziehen. Mit Chruschtschows Alarm, der in der Form nur Berlin betreffen mochte, ist mit dem deutschen Drängen nach Bewältigung unseres Schicksals mindestens das Tor zur Bereitschaft zu Verhandlungen aufgestoßen worden.

Das Jahr, in das wir eintreten, wird der Auseinandersetzung um dieses Schicksal gehören. Der Herr des Kremls wollte den 28. Mai als ein Datum für seine Entscheidung einsetzen. Er muß jetzt jeden Tag mehr, mit dem wir auf seinen Termin zuschreiten, erleben, daß er die freie Welt dafür mobilisiert hat, in diesen und den seinem Termin folgenden Monaten das ganze quälende Problem Europas endlich und gründlich in Angriff zu nehmen. Wenn auch in den westlichen Noten an den Kreml, die zur Jahreswende, und in den deutschen Noten, die am Jahresanfang nach Moskau geschickt werden, an erster Stelle die Zurückweisung der Sowjet-Vorschläge für Berlin und noch härter die Beseitigung des Moskauer Termins steht, so schließt sich diesem harten Nein aber zugleich die Aufforderung an, nun das sooft angefangene, immer wieder einseitig unterbrochene und mißdeutete Gespräch

über die europäische Sicherheit und „alle in ihr enthaltenen Aspekte der deutschen Frage“ ein für allemal anzupacken.

*

Ein hartes Jahr kommt auf uns zu. Es könnte ein Jubiläumsjahr sein, wenn wir zehn Jahre schon als ein Zeichen sich stabilisierender politischer Formen ansehen wollen. 1949 gründete sich im freien Teil Deutschlands die Bundesrepublik. Zehn Jahre lang steht an der Spitze dieses freien Staates Bundespräsident Heuss, und zehn Jahre hält mit Adenauer ein Mann die Hand am Zügel der Politik, der zu den profiliertesten Staatsmännern des ganzen Westens aufgestiegen ist. Zum Jahrzehnt der Bundesrepublik gehört aber auch das Jahrzehnt des Satellitenstaates Pankow, den sich Moskau im Herzen Deutschlands geschaffen hat — freilich auch das mächtige Bündnis der NATO, das mit der Aufhebung der Berlin-Blockade vor zehn Jahren seine Gründungsstunde hatte. Wir hoffen, daß seine Washingtoner Jubiläumstagung im kommenden Mai eindrucksvoll sich schützend und helfend vor die Bewegung stellen kann, die wir mit der ersten Verhandlung über die Freiheit und Sicherheit Europas und in ihm ganz Deutschlands erwarten.

*

Unsere Hoffnungen für das neue Jahr richten sich also in ganz starkem Maße an den Mann und an die Macht, die vom Kreml ausgeht. Wir wissen, daß diese Macht nicht unbestritten ist, daß sie umkämpft ist im Innern des sowjetischen Regimes selbst und im Gefüge der kommunistischen Staaten. Der Moskauer Parteikongreß von Ende Januar wird darüber manche, jetzt noch nicht voll erkennbaren Aufschlüsse bringen. Vielleicht und hoffentlich auch darüber, daß es sich das Moskau von heute leisten kann oder sogar leisten muß, mit der westlichen Welt in Verhandlungen einzutreten, die der eigenen Sicherheit dienen, wenn sie die Sicherheit Europas und in ihm die Freiheit Deutschlands zum Gegenstand haben.

Stützpunkte sichern den Frieden

290 Außenpositionen in der USA-Verteidigung

Der häufigste Vorwurf, der von kommunistischer Seite gegen die Vereinigten Staaten und gegen ihr Verteidigungssystem erhoben wird, ist der, daß Amerika militärische „Basen“ oder Stützpunkte unterhalte, die dem imperialistischen und aggressiven Ziele dienen, den Block der „sozialistischen Staaten“ einzukreisen. Die Häufigkeit und Hitzigkeit dieses Vorwurfes läßt den Schluß zu, daß den Kommunisten diese amerikanischen Stützpunkte in der Tat ein Dorn im Auge sein müssen.

Zunächst stehen die Amerikaner offiziell auf dem Standpunkt, daß militärische Auslandshilfe (d. h. Kredite an ausländische Regierungen zum Unterhalt ihrer Streitkräfte, Beschaffung von Waffen usw.) und Unterhalt von Stützpunkten im Ausland unwillkommene Notwendigkeiten sind, aufgezungen durch die Erfordernisse des „Kalten Krieges“ und resultierend aus dem amerikanischen Bündnis-system, das aus NATO (für Nordatlantik und Europa), SE-ATO (Pazifik und Südostasien), dem Pakt von Rio (Lateinamerika) und den Überresten des Bagdad-Paktes (für Vorderasien) besteht. Außerdem hat Amerika noch eigene zweiseitige Allianzbindungen mit einigen anderen Staaten, wie Formosa und Südkorea.

Von Alaska bis Hawaii

Gäbe es keinen „Kalten Krieg“, bestünde kein begründetes Mißtrauen gegenüber der kommunistischen Staatengruppe, so würde Amerika Stützpunkte und Auslandskredite gerne annullieren, wie das ja auch unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, als Amerika seine Streitkräfte beinahe vollständig demobilisierte, der Fall war.

Die vom Pentagon freigegebene offizielle Liste der Stützpunkte außerhalb der USA (Stand vom Jahre 1957) ist durchaus bescheiden: Landarmee, insgesamt Stützpunkte: 28; Flotte, insgesamt Stützpunkte: 70; Luftwaffe, insgesamt Stützpunkte: 92; insgesamt: 290.

Diese Liste enthält auch solche „aggressiven“ Stützpunkte wie Benzindepots oder Hafenzentralen für kranke Matrosen. Dazu gehören ferner, in die Liste eingeschlossen, zwölf Flugplätze der „Royal Air For-

ce“ in England, die von den Amerikanern mitbenutzt werden dürfen; und die Liste enthält vor allem auch Stützpunkte, die auf Alaska, auf Hawaii, in der Panamakanal-Zone, auf Portorico und auf amerikanischen Inseln im Pazifik, wie Guam und Wake, liegen. Die Zahl der eigentlichen, strategisch wichtigen amerikanischen Militärstützpunkte im Ausland bleibt demnach relativ niedrig.

Beweglichkeit erstes Gebot

Ihr militärischer Wert ist jedoch groß. Die beiden Stützpunkte auf Hawaii zum Beispiel dienen als Hauptquartier, Nachschubbasis, Etappenstation und starke Festung für alle SEATO-Staaten und den ganzen Pazifik, und die militärische Bedeutung etwa der Streitkräfte in Deutschland (alles in allem etwas über 175 000 Mann), in Korea und der Luftbasen auf Okinawa und in Marokko und Libyen ist heute allgemein bekannt.

Hinzu aber kommt, daß es auf die Zahl der auf festem Land befindlichen Basen gar nicht mehr ankommt. Man darf getrost heute die Flugzeugträger als schwimmende und daher stets bewegliche, auch vom Feind schwer außer Gefecht zu setzende Militärstützpunkte ansehen. Und wenn erst genügend Flugzeugträger mit Atomtrieb zur Verfügung stehen werden, brauchen sich diese nicht einmal mehr um Brennstoffnachschub zu kümmern.

Man darf ferner nicht vergessen, daß die Luftwaffe und die zahlreichen Geschwader der „Militärtransporteinheiten“, zum größten Teil riesige Globemasterflugzeuge, und jedes eine komplette Infanteriekompanie mit ihrer Ausrüstung aufnehmen kann, heute ja Truppen in jeder gewünschten Zahl und Be-

waffung an jede gewünschte Stelle befördern können, faktisch binnen weniger Stunden.

Man hat ferner zu bedenken, daß die neue Organisationsform der Landarmee, die als „pentomisch“ (fünfgliedrig) bezeichnet wird, auf dem Prinzip beruht, jede Kampf Einheit der Bodestreitkräfte unabhängig von ihren Versorgungs- und Verbindungslinien zu gestalten, d. h. jedes „Combat Team“ (Kampfgruppe, tritt an die Stelle der Regimentseinheit), verfügt über seinen eigenen Funk- und Nachrichtendienst, seinen eigenen Kraftwagenpark, sein eigenes Lazarett, seine eigene Fliegerabwehr und ist daher eine völlig „autarke“, auf keine Außenhilfe angewiesene und daher höchst bewegliche Einheit. Man sieht also, daß dem Prinzip der Beweglichkeit Bedeutung Nummer eins zugewiesen wurde und daß man diesem Idealzustand außerordentlich nahekommt.

Basen der Flotte

Und da erhebt sich die große Frage: sind überseeische Basen, Abschußrampen und Stützpunkte auf dem Festland überhaupt noch notwendig und sinnvoll: Wenn man, wie wir gesehen haben, für die Verteidigung des amerikanischen Heimatbodens die „Dew-Line“ und die Raketenabwehr hat und für die weitere Aufgabe der Friedenssicherung, des Schutzes der Verbündeten und, notfalls, des Gegenangriffs die neuen weitrangigen Lenkgeschosse des „Atlas“-Typs, die mit einer Reichweite von gut 10 000 km faktisch von irgendeinem Platze in den USA aus jeden potentiellen Gegner erreichen können, und wenn man für kürzer rangige Missiles das gleiche Ziel von den schwimmenden Basen der Flotte aus erreichen kann: wozu braucht man dann noch kostspielige, vom Gegner leicht verwundbare, gelegentlich sogar mit schweren politischen Hypothesen belastete (etwa in Spanien, Marokko und Saudi-Arabien) Basen zulande, die außerdem noch eine Gefährdung der Zivilbevölkerung der Gastländer mit sich bringen könnten?

Das sind Tatsachen, keine Theorien!

Britische Note erteilt Moskau Geschichtsunterricht

Die Antwort-Noten der drei Westmächte auf die sowjetischen Berlin-Forderungen decken sich in der Argumentation. Nur die britische Regierung geht ausführlich auf die Entwicklungen vor dem letzten Kriege ein. Als Dokument veröffentlichen wir daraus nachstehenden Auszug.

Die Note der Sowjetregierung enthält gewisse Absätze über die Ereignisse, die dem letzten Krieg vorausgingen. Das mindeste, was man über diese Stellen sagen kann ist, daß sie nach der Ansicht der Regierung Ihrer Majestät nicht mit den historischen Tatsachen übereinstimmen. Es ist nicht die Absicht der Regierung Ihrer Majestät, in eine Polemik über das Recht und Unrecht in den Ereignissen einzugehen, die vor 20 Jahren stattfanden, unter politischen Bedingungen, die ganz anders waren als die von heute. Dennoch hält es die Regierung Ihrer Majestät für richtig, irgendwelche falschen Vorstellungen zu korrigieren, die als Ergebnis der Kommentare der Sowjetregierung zu der europäischen Situation vor dem Beginn des letzten Krieges existieren könnten.

Die Note der Sowjetregierung erklärt: „Es ist wohl bekannt, daß Großbritannien und auch die Vereinigten Staaten und Frankreich keineswegs von vornherein zu dem Schluß gekommen waren, daß es notwendig sei, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, um der Hitler-Aggression Widerstand zu leisten, obwohl die Sowjetregierung ständig eine Bereitschaft dazu bekundet hatte. Lange Zeit hatten in den westlichen Hauptstädten entgegengesetzte Absichten die Oberhand. Sie wurden besonders sichtbar während des Münchner Abkommens mit Hitler.“

Molotow und Ribbentrop

In diesem Zusammenhang hält es die Regierung Ihrer Majestät für richtig, an die Lage zu erinnern, die kurz vor dem Ausbruch des Krieges 1939 bestand. Im Mai jenes Jahres hatte die Regierung Ihrer Majestät der Sowjetregierung vorgeschlagen, daß sie erklären sollte, falls Frankreich und Großbritannien wegen ihrer Verpflichtungen in Polen und Rumänien in einen Krieg verwickelt werden sollten,

würde die Sowjetunion Frankreich und Großbritannien helfen, wenn diese Hilfe gewünscht werden sollte. Die Sowjetregierung lehnte es ab, diesen Vorschlag anzunehmen. Dennoch wurden die Verhandlungen über den vorgeschlagenen britisch-französisch-sowjetischen Pakt fortgesetzt, und auf sowjetisches Ersuchen begannen am 12. August 1939 Dreimächte-Militärverhandlungen in Moskau.

Am 23. August wurde mit einer Plötzlichkeit, die Europa erschütterte, der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, im allgemeinen bekannt als der Molotow-Ribbentrop-Pakt, bekanntgegeben. Es überrascht die Regierung Ihrer Majestät, daß die sowjetische Regierung diesen Pakt in dem historischen Teil ihrer Note vom 27. November nicht erwähnt, da nach allgemeiner Ansicht die Unterzeichnung dieses Paktes doch den Ausbruch des Krieges unvermeidlich machte. Man kann auch nicht vergessen, daß die Verhandlungen über den Molotow-Ribbentrop-Pakt tatsächlich in der Zeit stattfanden, als die Westmächte noch in gutem Glauben mit der Sowjetregierung verhandelten. Beide Namen sind — zum Guten oder zum Schlechten — ein Teil der Geschichte.

Moskaus Vorkriegspolitik

Die Haltung der Sowjetregierung zu jener Zeit wird gut gekennzeichnet durch die Bemerkungen des sowjetischen Außenministers auf der fünften Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1939.

Wie man sich erinnert, waren Großbritannien und Frankreich damals bereits im Krieg mit Deutschland.

Molotow sagte: „Die herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs haben in letzter Zeit versucht, sich selbst als die Vorkämpfer der demokratischen Rechte der Nationen gegen die Hitlerismus hinzustellen, und die britische Regierung hat bekanntgegeben, daß ihr Ziel im Krieg mit Deutschland nichts mehr und nichts weniger sei, als die Zerstörung des Hitlerismus. Das bedeutet nichts anderes, als daß die britischen und mit ihnen die französischen Unterstützer dieses Krieges einen Krieg gegen Deutschland erklärt haben, das seiner Natur nach ein ideologischer Krieg ist, der an die Religionskriege vergangener Zeiten erinnert. Aber es gibt absolut keine Berechtigung für einen solchen Krieg. So wie es mit jedem anderen ideologischen System ist, kann man die Ideologie des Hitlerismus akzeptieren oder ablehnen — das ist eine Sache der politischen Anschauung. Aber jeder Mann wird verstehen, daß man eine Ideologie nicht mit Gewalt vernichten kann, daß sie nicht durch Krieg ausgelöscht werden kann. Es ist deshalb nicht nur sinnlos, sondern verbrecherisch, einen solchen Krieg zu führen — einen Krieg für die Zerstörung des Hitlerismus, der als Kampf für Demokratie getarnt wird.“

Erinnerung an München 1938

So war die Lage beim Ausbruch des Krieges im Jahre 1939. Als 1940 die Naziarmeen Westeuropa überrannten, stand Großbritannien allein gegen Hitler, dessen Beziehungen zu der Sowjetregierung weiterhin durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt bestimmt wurden, bis zu der Zeit, als seine Armeen auf sowjetisches Gebiet vormalochierten. Die Sowjetregierung wird nicht die Schnelligkeit ver-

gessen haben, mit der Regierung Ihrer Majestät, unter Führung von Churchill, sich entschloß, vergangene Meinungsverschiedenheiten zu ignorieren und ein Bündnis mit der Sowjetregierung zu schließen.

Die Sowjetnote spricht von dem Münchner Abkommen von 1938. Sie spricht auch von den kurzzeitigen Berechnungen der Urheber von München. Zu diesem Punkt möchte die Regie-

rung Ihrer Majestät nur bemerken, daß — welche Ansichten man immer über die Motive und Handlungen der britischen Regierung von damals haben kann — die gegenwärtige Regierung Ihrer Majestät entschlossen ist, von den historischen Lektionen, die man damals lernte, zu profitieren. Sie ist entschlossen, keine Politik der Beschwichtigung zu verfolgen oder sich durch Drohungen davon abhalten zu lassen, treu zu ihren internationalen Verpflichtungen zu stehen.

Potsdamer Abkommen

Die Note der Sowjetregierung beschäftigt sich auch in beträchtlicher Länge mit der Frage des Potsdamer Abkommens. Die Regierung Ihrer Majestät akzeptiert nicht das Argument, daß der Status Berlins von diesem Abkommen abhängt. Ihre Ansicht über die rein rechtliche Position Berlins wird in späteren Absätzen dieser Note dargelegt. Dennoch hält sie es für nützlich, bestimmte Bemerkungen in der Note der Sowjetregierung zum Thema des Potsdamer Abkommens zu kommentieren.

Wie die Sowjetregierung richtig feststellt, sah das Potsdamer Abkommen vor, daß Deutschland als geschlossene wirtschaftliche Einheit betrachtet wird. Aber die Sowjetregierung machte keinen Versuch, diese entscheidende Bestimmung des Abkommens zu erfüllen. Vom Beginn der Besetzung an verfolgte die Sowjetregierung eine unabhängige Wirtschaftspolitik in der Zone, aus der zunehmend alle Anlagen und Ausrüstungen zum Vorteil der Sowjetunion fortgeschafft wurden. Außerdem hielt die Sowjetregierung ihre eigenen Ansprüche auf Reparationen aufrecht, weigerte sich aber hartnäckig, irgendwelchen Maßnahmen zuzustimmen, wie denen über gemeinsame Import-Export-Programme für ganz Deutschland, die das Potsdamer Abkommen ausdrücklich verlangte.

Die Sowjetregierung behauptet weiter, daß die Westmächte unter Umgehung des Potsdamer Abkommens „genau jene Kräfte wiederbelebt und gestärkt haben, die die hitlerische Militärmaschine geschaffen haben“. Die Regierung Ihrer Majestät möchte in diesem Zusammenhang an die Maßnahmen der Remilitarisie-

rung erinnern, die die Sowjetregierung in ihrer Zone Deutschlands ausgeführt hat. Die wichtigste von ihnen war die Schaffung der Bereitschaften, auf die die Regierung Ihrer Majestät die Sowjetregierung in der Note vom 25. Mai 1950 aufmerksam machte:

In dem Teil Deutschlands, der von der Sowjetunion kontrolliert wird, ist eine Polizeistreitmacht geschaffen worden, die auf Grund ihrer Organisation, ihrer Ausbildung und Ausrüstung den Charakter einer Armee hat... Es ist bekannt, daß sie auf der Basis von Bereitschaften unter der Leitung der Hauptverwaltung für Ausbildung organisiert ist und aus fast 50 000 Mann besteht. Sie sind gegliedert in Militärformationen, die Artillerie, Panzer und Infanteriebataillone einschließen. Sie erhalten eine militärische Grundausbildung und werden nicht zum normalen Polizeidienst eingesetzt. Sie sind mit militärischen Waffen ausgerüstet, einschließlich Maschinengewehren, Panzerabwehrgeschützen, Luftabwehrgeschützen, Granatwerfern und Panzern in einigen Einheiten. Eine Anzahl von hohen deutschen Offizieren gehört diesen Streitkräften an.

„Demokratisch“

Die Sowjetregierung behauptet auch, daß die Westmächte einige Bestimmungen des Potsdamer Abkommens verletzt haben, die die Einheit Deutschlands als friedliebenden, demokratischen Staat sicherstellen sollten. Das Wort „demokratisch“ scheint heute verschiedenen Interpretationen offenzustehen. Im Westen bedeutet es immer noch ein gesellschaftliches System, in dem die Freiheit der Religion, der Sprache, der Wahl und der Presse erlaubt ist. Wie die Sowjetregierung weiß, sah das Potsdamer Abkommen ausdrücklich die Schaffung dieser Freiheiten und außerdem die Bildung von freien Gewerkschaften vor. Keine dieser Freiheiten existiert in Ostdeutschland. Wenn gesagt wird, daß dies eine Ansichtssache sei, möchte die Regierung Ihrer Majestät nur daran erinnern, daß über zwei Millionen Deutsche in den letzten Jahren lieber Ostdeutschland verlassen haben als das soziale System, das dort existiert, noch länger zu ertragen. Das sind Tatsachen,

nicht Theorien. Wie oben bereits erwähnt, akzeptiert die Regierung Ihrer Majestät nicht die Zuständigkeit des Potsdamer Abkommens für die Berlin-Frage.

Die Lage Berlins

Die Lage Berlins, über die sich die Sowjetregierung beschwert und die sie als anomal ansieht, ist genau das Ergebnis des deutschen Problems, wie es seit 1945 besteht. Als Hitlers Reich zusammenbrach, waren die westlichen Alliierten im militärischen Besitz von mehr als einem Drittel des Gebiets, das dann von den sowjetischen Behörden besetzt wurde. Die Sowjetunion war im Besitz Berlins. Als Ergebnis der Abmachungen vom 12. September 1944 und vom 1. Mai 1945 zogen sich die westlichen Alliierten zurück und erlaubten die sowjetische Besetzung großer Teile Mecklenburgs, Sachsens, Thüringens und Anhalts. Auf Grund des gleichen Abkommens rückten die drei Westmächte in ihre Sektoren in Westberlin ein.

Die Sowjetunion hat direkt und durch das Regime, das sie als die Deutsche Demokratische Republik bezeichnet, ihre Herrschaft über die großen Gebiete gefestigt, die die westlichen Alliierten ihr abgetreten hatten. Sie verlangt jetzt, daß die westlichen Alliierten auf ihre Rechte in Berlin verzichten, die in den oben erwähnten Abkommen niedergelegt sind. Aber Abkommen zwischen den vier Mächten kann man nicht als überholt ansehen, weil eine von ihnen, die die vollen Vorteile davon erhalten hat, jetzt meint, die Zeit sei gekommen, sie aufzuheben. Diese Abmachungen binden alle Unterzeichner, solange diese Abmachungen nicht als Folge freier Verhandlungen durch andere Vereinbarungen ersetzt worden sind.

In jedem Falle beruht das Recht der drei Westmächte, in Berlin zu sein, nicht auf den oben erwähnten Abmachungen, sondern auf der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die siegreichen Mächte. Sie sind nicht bereit, auf dieses Recht zu verzichten, auf dessen fort-dauernder Ausübung die Freiheit Berlins solange beruhen wird, solange es keine Lösung des deutschen Problems gibt.

Neue Sorgen in Pankow

DT. In langatmigen Erklärungen haben Pieck und Ulbricht das neue Jahr auf ihre Weise, nämlich mit Eigenlob und vor allem mit Schimpfkanonaden gegen Adenauer und die NATO begrüßt. Dabei ist festzustellen, daß beide auf das Berlin-Problem nur am Rande eingegangen sind. Pieck will „gemeinsam mit der Sowjetunion“ Westberlin einer „Befriedung und Normalisierung“ zuführen; Ulbricht widmet in seinen umfangreichen Neujahrsvorträgen dem Berlin-Problem nur ein paar Nebensätze in Verbindung mit devoten Anpreisungen der Sowjetnote. Das ist bemerkenswert.

Denn Ulbricht hat zugegebenermaßen schon immer ein feines Organ gehabt für das, was sich hinter den Kremlmauern abspielt; wenn er auch sicherlich von Chruschtschow oder seinen möglichen Widersachern nicht in die internen Verhältnisse und Pläne eingeweiht wird, so spürt er doch genau, wenn der von der Sowjetführung vorgezeichnete Kurs nicht mit vollen Segeln eingehalten wird. Er ist Opportunist, er will sich nicht festlegen, um jeder Entwicklung der Krempolitik gewachsen zu sein. In seiner Rede auf der „Silvesterfeier“ des SED-Zentralkomitees vermied es Ulbricht sogar, wie übrigens auch Grotewohl, auf die Berlin-Frage einzugehen, zumal sich auch Chruschtschow in seinem Neujahrsglückwunsch an die Zone solcher Äußerungen enthielt.

Das bedeutet nun nicht etwa eine Entschärfung des Berlin-Problems oder eine Entspannung, oder gar ein Einlenken der Sowjets — einer derart optimistischen Beurteilung fehlt bisher jede handfeste Grundlage —, aber es ist ein neues Zeichen dafür, daß Moskau noch keine eindeutige Anweisung erteilt hat und vielleicht sich selbst noch nicht im klaren darüber ist, wie die Behandlung der Berlin-Frage nun endgültig gehandhabt werden soll. Darüber dürfte erst eine offizielle sowjetische Stellungnahme zu den Noten der Westmächte Aufschluß geben. Ob das noch vor der Beendigung der Amerikareise Mikojans erfolgen wird, bleibt zweifelhaft, Pan-

kow hütet sich zudem, jetzt durch lautes Geschrei über Berlin die Stimmung in den neutralen asiatischen Ländern zu trüben, die von Grotewohl und seiner Delegation gegenwärtig aufgesucht werden.

Auf dieser Reise nach Kairo, Bagdad, Neu-Delhi wird Grotewohl versuchen, das Renommee der „DDR“ zu heben, sich selbst anzubiedern und sein Regime anzupreisen. Also muß er sich bemühen, die Vorzüge der Koexistenz herauszustellen, nicht

aber den neuen Anschlag auf die Freiheit der Westberliner Zwei-Millionen-Bevölkerung, der das Gegenteil einer echten Koexistenz-Gesinnung ist. In Berlin weiß man, was dahintersteckt und würde über einen plötzlichen Wandel des derzeitigen kommunistischen Auftretens nicht erstaunt sein. Die Politiker in den neutralen Hauptstädten Asiens, die aus weitreichender Höflichkeit das Gespräch mit Grotewohl nicht ablehnen, werden zwischen Worten und Taten ihrer Besucher zu unterscheiden wissen, wenn sie dabei an Berlin denken.

Über 300 000 Deutsche kamen

Flüchtlingzziffer gesunken / Dafür mehr Spätaussiedler

W. Bonn (Eigenbericht). — Auch im Jahre 1958 sind wieder mehr als eine dritte Million Deutsche aus der Sowjetzone, aus den deutschen Ostgebieten und aus den Ländern Ost- und Südosteuropas ins Bundesgebiet gekommen. Die Fluchtbewegung aus der Sowjetzone hat zwar nachgelassen, aber dafür ist die Zahl der „Spätaussiedler“ aus den Oder-Neiße-Gebieten angewachsen.

Noch immer leben infolgedessen 400 000 Menschen in Lagern, davon mehr als die Hälfte in Durchgangslagern, wo sie auf eine ordentliche Wohnung warten. Bundesvertriebenenminister Prof. Oberländer trat deshalb am Freitag entschieden dafür ein, daß die Sonderaktion des Wohnungsbaus für Flüchtlinge und Aussiedler auch weiterhin fortgesetzt wird.

1959 „Weltflüchtlingjahr“

Es scheint, daß in diesem Jahr die Aufmerksamkeit der Welt wieder stärker auf das Flüchtlingsproblem gelenkt werden wird. Die Vereinten Nationen haben 1959 zum „Weltflüchtlingjahr“ erklärt. Seit 1900 haben rund 150 Millionen Menschen in Europa und Asien ihre Heimat verloren. Sechzehn Ländern haben mit großen Flüchtlingsproblemen zu kämpfen. Im Weltflüchtlingjahr soll auf diese Probleme hingewiesen werden, und man will neue Wege suchen, um sie zu lösen. Prof. Oberländer wird nach Indien und Pakistan reisen, um in diesen beiden Ländern, in denen jeweils ungefähr acht Millionen Flüchtlinge leben, zu studieren, was in Asien zur Überwindung der Flüchtlingsnot unternommen wird.

Aus der Sowjetzone sind im letzten Jahr 204 000 Menschen in

den Westen geflüchtet, das sind wesentlich weniger als 1957, als es 261 000 waren. In diesem Jahr wird die Flüchtlingszahl wahrscheinlich weiter zurückgehen, weil die Kontrollen der Sowjetzone immer genauer werden. Aus den deutschen Ostgebieten werden dagegen noch größere Aussiedler-Transporte erwartet, und die Rückwanderung der Deutschen aus Rußland kommt allmählich so gut in Gang, daß Oberländer bis zum kommenden Jahresende mit weiteren 20 000 rechnet.

Erstes Pipeline-Öl an der Ruhr

Gelsenkirchen (ap). Das erste Rohöl aus der kürzlich in Betrieb genommenen Pipeline Wilhelmshaven-Köln der Nordwest-Ölleitungsgesellschaft wurde jetzt in einer Gelsenkirchener Raffinerie abgezapft. Von dem Öl, das drei Tage von Wilhelmshaven bis Gelsenkirchen benötigte, fließen stündlich rund 1000 Kubikmeter in die Raffinerie-Tanks. Anfang dieser Woche wurden weitere Raffinerien in Köln und Oberhausen-Holteln durch die Pipeline beliefert. In Zukunft sollen immer etwa 140 000 Kubikmeter Öl in der Leitung verbleiben, das erst am Bestimmungsort vom Zoll abgefertigt wird.

Gratulationscour bei Adenauer

Bundeskanzler beging 83. Geburtstag „gar nicht unoptimistisch“

Bonn (ap/dpa). Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer beging am Montag seinen 83. Geburtstag. Dem neuen Lebensjahr sieht der Bundeskanzler, wie er den ihm gratulierenden Mitgliedern des Kabinetts sagte, „gar nicht so unoptimistisch“ entgegen, obwohl es nicht gerade unter gloriosen Vorzeichen stehe. Seiner Ansicht nach müsse jeder Lösung eine Zuspitzung vorausgehen.

Sehr aufrecht, aber von einer gerade überstandenen Erkältung noch schmal und etwas blaß wirkend, unterzog sich der Bundeskanzler auch an diesem Geburtstag — dem zehnten den er im Amt verbringt — den Strapazen einer stundenlangen Gratulationscour. Man hatte versucht, den Ablauf etwas zu straffen, die Zahl der Gratulanten zu beschränken, doch dauerte es wieder über vierneinhalb Stunden, ehe der letzte Grätu-

Das Bundeskabinett schenkte dem Musikfreund Adenauer eine Stereo-Musiktruhe mit zwölf Beethoven-Platten. Landwirtschaft und Ernährungsindustrie überreichten eine umfangreiche Auswahl der Erzeugnisse der deutschen Tiefkühlindustrie, die CDU und die CSU und die CDU/CSU-Fraktion brachten als Angebinde dem Weinfreund Adenauer Spitzenweine von Rhein und Mosel. Zahlreiche Bücher — unter anderem „Die großen französischen Weine“, überreichte Staatssekretär Globke. Ein Bildband von Prag, dargebracht von Bundesverkehrsminister Seeböhm — und ungezählte Blumengebinde, gelbe Rosen, die Lieblingsblume des Kanzlers, rote Rosen und hellrosa Nelken, vervollständigten den Gabentisch.

Wie üblich hatten als erste die Familienmitglieder dem Kanzler in seinem Arbeitszimmer gratuliert. Im Kabinettsaal, vor Wochenschau- und

Fernsehkameras, Pressefotografen und Journalisten, eröffneten Waisenkinder aus Bonn und Niederdollendorf den Reigen der Gratulanten. In schneller Folge kamen die Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes, das Bundeskabinett und die Generale der Bundeswehr. Das nun schon traditionelle Ständchen der Bundeswehr, eröffnet mit „Lobe den Herrn“ und beendet mit dem Hoch- und Deutschemarsch, nahm der Kanzler wegen des naßkalten Wetters und der Erkältungsgefahr nicht wie sonst von der Terrasse im Garten aus, sondern hinter den geschlossenen Fenstern des Kabinettsaales entgegen.

Berlins Glückwunsch

Im Namen der Berliner Bevölkerung und des Senats hat der Regierende Bürgermeister Brandt in einem Schreiben Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer die herzlichsten Glückwünsche zum 83. Geburtstag übermittelt. In dem Schreiben werden zugleich die besten Glückwünsche für das persönliche Wohlergehen und das Wirken in seinem hohen Amt ausgesprochen. Als Geburtstagsgeschenk des Senats überreichte Bundes Senator Klein in Bonn dem Kanzler eine von der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin hergestellte Vase.

New York grüßt Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Der Oberbürgermeister von New York, Robert F. Wagner, hat der Berliner Bevölkerung aus Anlaß des Jahreswechsels „brüderliche Grüße und aufrichtige Wünsche für Wohlstand und Frieden“ übermittelt. Wörtlich heißt es in dem an den Regierenden Bürgermeister Brandt gerichteten Telegramm: „Wir sind mit allen Menschen, die guten Willens sind und die Freiheit lieben, in der ganzen Welt vereint, wenn wir in diesen kritischen Tagen den Bürgern Berlins unsere unerschütterliche Solidarität versichern. Wir bringen unsere feste Entschlossenheit zum Ausdruck, in ihrer historischen Standhaftigkeit gegen die Kräfte der Tyrannei und Versklavung an ihrer Seite zu stehen.“ Einleitend wird in dem Telegramm darauf hingewiesen, daß acht Millionen Menschen aller Glaubensbekenntnisse und allen nationalen Ursprungs der Stadt New York stolz darauf sind, Berlin für das neue Jahr Grüße und Wünsche zu übersenden.

lant, Bundestagspräsident Gerstenmaier, seine Glückwünsche angebracht hatte und sich das „Geburtstagskind“ zu einem Frühstück im Familienkreis zurückziehen konnte.

Viele Geschenke sammelten sich in den dafür vorgesehenen Räumen des Palais Schaumburg.

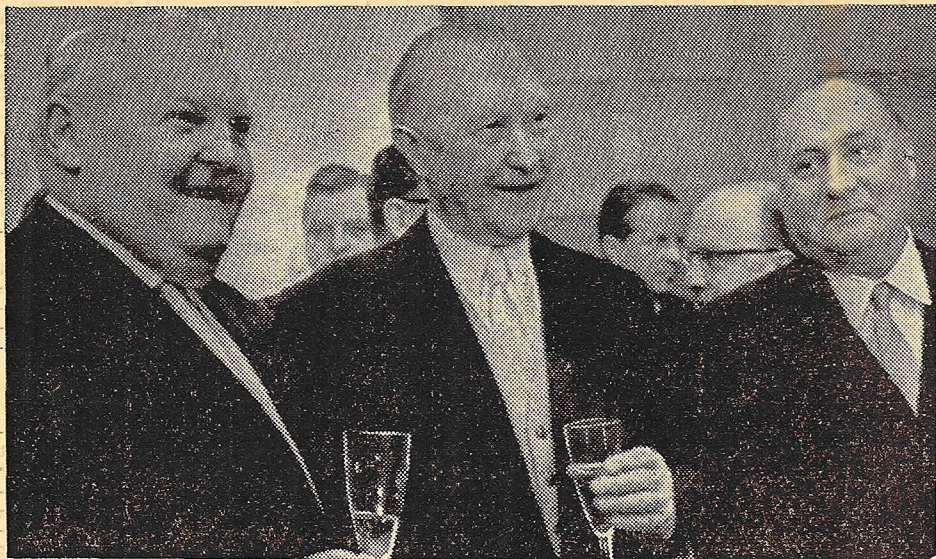
Kairo: Kommunisten-Verhaftungen

Kairo (ap/dpa). Die Behörden der Vereinten Arabischen Republik haben zu Beginn des neuen Jahres in Ägypten eine Großaktion gegen die verbotene Kommunistische Partei geführt. Insgesamt sollen 200 Personen verhaftet worden sein. Bereits einige Tage zuvor waren im Landesteil Syrien 400 Personen in Haft genommen worden. Eine amtliche Stellungnahme zu den Maßnahmen liegt noch nicht vor.

Die Aktion begann in mehreren ägyptischen Städten, nachdem eine große Geheimdruckerei von der Polizei ausgehoben worden war. Drei Verlagshäuser, die prokommunistische Literatur herausgaben, mußten schließen. In Syrien erfolgten die Festnahmen erst nach einer Absprache zwischen den Regierun-

gen in Kairo und Beirut, um die Flucht von Kommunisten in den benachbarten Libanon zu verhindern. Das in Damaskus erscheinende Kommunistenblatt „An-nur“ war bereits in der vergangenen Woche verboten worden. Die Polizeibehörden hatten zahlreiche Druckschriften und kommunistisches Propagandamaterial sichergestellt.

Politische Beobachter in Kairo sehen in diesen Maßnahmen keinen sensationellen politischen Kurswechsel Nassers. Die Kommunistische Partei wurde in Ägypten bereits 1952 gleichzeitig mit den übrigen Parteien aufgelöst. Sie konnte sich jedoch weiter illegal betätigen, da sich die Kairoer Regierung nach dem ersten großen Waffenlieferungsabkommen mit der Sowjetunion abwartend verhielt.



BILDER DER WOCHE. Oben: „Gar nicht so unoptimistisch“ sieht Bundeskanzler Adenauer seinem 84. Lebensjahr entgegen, wie er seinen Gratulanten (auf dem Bilde Erhard und Lemmer) versicherte. — Unten: Eine Bücherspende für die Amerika-Gedenkbibliothek in Berlin überreichte der Bonner US-Botschafter, David K. Bruce. Rechts Senator Tiburtius.

